

Aktuelle Risikoeinschätzung der Corona-Kommission

Utl.: Ergebnis der Corona-Kommissionssitzung vom 11. November 2021

Die Corona Kommission hat neuerlich die epidemiologische Entwicklung der vergangenen Tage bewertet und kommt zu dem Schluss, dass die Risikolage für ganz Österreich und damit einhergehend für alle Bundesländer mit sehr hohem Risiko einzustufen ist.

Die Belastung des Gesundheitssystems ist im Vergleich zur Vorwoche gestiegen und lag per 10.11.2021 bei einer COVID-spezifischen Auslastung der Intensivstationen von 19,9 % bezogen auf alle gemeldeten Erwachsenen-Intensivbetten Österreichs. Die Prognoserechnungen zeigen weiterhin signifikante Anstiege der Auslastung von Intensivstationen auf ein Niveau von 35,5 % bis zum 24.11.2021 (COVID Prognose Konsortium). Laut Prognoserechnung wird damit ein sehr hohes Systemrisiko (>33 % ICU-Auslastung) mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht. Demzufolge steht die medizinische Versorgung der österreichischen Bevölkerung vor einer ernstzunehmenden Bedrohung, daher sind aus der Sicht der Corona-Kommission die Voraussetzungen für die umgehende Initiierung zusätzlicher Maßnahmen nach dem COVID-Maßnahmegesetz gegeben.

Zusätzlich zum Intensivbelag stellt der steigende Belag auf Normalstationen für das Gesundheitssystem zunehmend eine kritische Überforderung der betroffenen Einrichtungen dar. Daher empfiehlt die Corona-Kommission künftig den Belag auf Normalstationen verstärkt in die Analysen miteinzubeziehen. Die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal stellt insbesondere im stationären Bereich einen kritischen Faktor dar.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung lag der Anteil an jenen Personen, die per 10.11.2021 die erste Impferserie abgeschlossen haben, bei 64,74 %. Der Anteil der Personen, die eine COVID-19-Auffrischimpfung erhalten haben (weitere Impfung nach abgeschlossener 1. Impferserie frühestens 4 Monate nach der letzten Impfung) liegt bei 5,7 %, in der Gruppe der über 65-Jährigen bei 19,27 %. Die derzeit laufende Impfkampagne ist auch um den Appell zur Teilnahme an der dritten Impfung zu ergänzen, um hier eine hohe und zeitnahe Durchimpfungsrate sicherzustellen.

Damit liegt Österreich im westeuropäischen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlich hinsichtlich der Durchimpfung. Fehlender Impffortschritt muss daher mit unmittelbaren und stringenteren Schutzmaßnahmen ausgeglichen werden, um eine zeitnahe Umkehr des steigenden Trends der Fälle bewirken zu können. Die Corona-Kommission unterstützt die Forderung nach einer bundesweit einheitlichen Impfpflicht für Personen mit besonderer beruflicher Verantwortung im Gesundheits- und Pflegebereich.

Vor dem Hintergrund des anhaltenden steilen Anstiegs der Fallzahlen begrüßt die Corona Kommission das Vorziehen geplanter Präventionsmaßnahmen (2G, einheitliche bundesweite Maskenregelung, etc.), die gemäß Stufenplan der Regierung erst für höhere ICU-Auslastungen vorgesehen waren und sieht weitere Maßnahmen im Sinne der Maßnahmen der Stufe 5 (beispielsweise weitere Einschränkungen für Ungeimpfte, wie kein Zugang zu Museen, nicht essenziellem Handel und Veranstaltungen unter 25 Personen) als unmittelbar erforderliche Maßnahme an.

Die Corona-Kommission hat die Frage weiterführender Ausgangsbeschränkungen für Ungeimpfte diskutiert. Seitens des BMI wurde klargestellt, dass bei der Kontrolle der Maßnahmen wie auch bisher maßgeblich mitgewirkt wird. Die Kontrolle von Ausgangsbeschränkungen – nur von Ungeimpften - stellt jedoch organisatorisch eine große Herausforderung dar. Dies müsste in einem Gesamtkonnex zu den ohnehin stattfindenden in Kraft stehenden Kontrollen gesehen werden.

Die Corona-Kommission weist darauf hin, dass davon auszugehen ist, dass die oben angeführten Maßnahmen nicht ausreichend sind. Insbesondere gilt das aktuell in den Regionen mit besonders hohen Auslastungen wie Oberösterreich und Salzburg. Und außerdem ist angesichts der steigenden Belastungen im Gesundheitssystem sowie der generell sehr hohen und weiter stark steigenden Fallzahlen, mittels weiterer allgemein gültiger kontaktreduzierender Maßnahmen (Beschränkung von Hochrisiko- und Risikoseettings, wie z. B. Zusammenkünfte im privaten und öffentlichen Bereich, Gastronomie, nicht-essenzieller Handel) regional gegenzusteuern. Bei Nichteintreten der Trendumkehr sind diese Maßnahmen bundesweit auszurollen.

Sollten diese allgemeinen Maßnahmen Wirkung entfalten, kann von der Setzung weiterer Maßnahmen Abstand genommen werden.

Die Einstufung für den Bildungsbereich lautet Risikostufe III für Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol sowie Risikostufe II für alle weiteren Bundesländer.

Die finale Ampelschaltung wird im Anschluss an die Kommissionssitzung auf corona-ampel.gv.at und im Teletext auf Seite 659 veröffentlicht.